

Zwangsumsiedlung aus den Regionen von Kirkuk und Khanaqin, sowie gegen die Bewohner der südlichen Marschen, wo Entwässerungsprojekte zu Umweltzerstörungen und zur Verschlechterung der Lage der Zivilbevölkerung geführt haben, sofort einzustellen, sowie die persönliche Sicherheit und Freiheit einschließlich der uneingeschränkten Glaubensfreiheit der Schiiten und ihrer Religionsgemeinschaft zu gewährleisten;

h) mit der Dreiparteienkommission und ihrem technischen Unterausschuss zusammenzuarbeiten, um dem Verbleib mehrerer Hunderter noch immer vermisster Personen, so auch von Kriegsgefangenen, kuwaitischen Staatsangehörigen und Staatsangehörigen von Drittländern, die Opfer der illegalen Besetzung Kuwaits durch Irak wurden, nachzugehen und ihr Schicksal zu klären, zu diesem Zweck mit der Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission zur Frage des Verschwindenlassens von Personen zusammenzuarbeiten und den Angehörigen der im Gewahrsam der irakischen Behörden verstorbenen oder verschwundenen Personen über den vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 692 (1991) vom 20. Mai 1991 eingerichteten Mechanismus Entschädigungszahlungen zu leisten sowie alle Kuwaiter und Staatsangehörigen anderer Staaten, die sich möglicherweise noch immer in Haft befinden, sofort freizulassen;

i) mit den internationalen Hilfsorganisationen und den nichtstaatlichen Organisationen bei der Erbringung humanitärer Hilfe und der Überwachung in den nördlichen und den südlichen Landesteilen voll zusammenzuarbeiten;

j) auch weiterhin bei der Durchführung der Resolutionen des Sicherheitsrats 986 (1995), 1111 (1997), 1143 (1997), 1153 (1998), 1210 (1998), 1242 (1999) und 1266 (1999) zu kooperieren, um uneingeschränkt zu gewährleisten, dass die im Rahmen des Programms "Öl für Lebensmittel" gekauften humanitären Hilfsgüter gerecht und ohne Diskriminierung an die irakische Bevölkerung, einschließlich in abgelegenen Gebieten, verteilt werden, und auch künftig die Arbeit des humanitären Personals der Vereinten Nationen in Irak zu erleichtern, indem sie die ungehinderte Bewegungsfreiheit der Beobachter im ganzen Land sicherstellt;

k) bei der Identifizierung von Minenfeldern in ganz Irak zu kooperieren, mit dem Ziel, ihre Markierung und letztendliche Räumung zu erleichtern;

4. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sonderberichterstatter jede erforderliche Hilfe zur Durchführung seines Mandats zu gewähren und beschließt, im Lichte der von der Menschenrechtskommission vorgelegten zusätzlichen Erkenntnisse die Prüfung der Menschenrechtssituation in Irak auf ihrer fünfundfünfzigsten Tagung unter dem Punkt "Menschenrechtsfragen" fortzusetzen.

### RESOLUTION 54/179

Auf der 83. Plenarsitzung am 17. Dezember 1999 in einer aufgezeichneten Abstimmung mit 91 Stimmen bei 10 Gegenstimmen und 54 Enthaltungen<sup>434</sup> verabschiedet, auf der Grundlage des Berichts des Ausschusses (A/54/605/Add.3)

### 54/179. Die Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo

*Die Generalversammlung,*

*geleitet* von der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte<sup>435</sup>, den Internationalen Menschenrechtspakten<sup>436</sup> und anderen Menschenrechtsübereinkünften,

*erneut erklärend*, dass alle Mitgliedstaaten gehalten sind, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen und ihren Verpflichtungen aus den verschiedenen internationalen Übereinkünften auf diesem Gebiet nachzukommen,

*eingedenk* dessen, dass die Demokratische Republik Kongo Vertragspartei des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte<sup>436</sup>, des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte<sup>436</sup>, des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe<sup>437</sup>, der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze der Kriegsgesangenen<sup>438</sup>, des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung<sup>439</sup> und des Übereinkommens über die Rechte des Kindes<sup>440</sup> sowie der Afrikanischen Charta der Rechte der Menschen und Völker<sup>441</sup> ist,

*unter Hinweis* auf ihre früheren Resolutionen zu diesem Thema, namentlich die zuletzt verabschiedete Resolution 53/160 vom 9. Dezember 1998, Kenntnis nehmend von der Resolution 1999/56 der Menschenrechtskommission vom 27. April 1999<sup>442</sup> und der Resolution 1234 (1999) des Sicherheitsrats vom 9. April 1999 sowie eingedenk der Resolutionen 1258 (1999) und 1273 (1999) des Sicherheitsrats vom 6. August 1999 beziehungsweise 5. November 1999,

*in Anbetracht* dessen, dass die Förderung und der Schutz der Menschenrechte für alle für die Herbeiführung von Stabilität und Sicherheit in der Region unerlässlich ist und zur Schaffung des Umfelds beitragen wird, das für die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region erforderlich ist,

*unter Berücksichtigung* der regionalen Dimension der Menschenrechtsfragen im ostafrikanischen Zwischenseengebiet, gleichzeitig unterstreichend, dass die Förderung und der Schutz der Menschenrechte in erster Linie Aufgabe der Staaten ist, sowie auf die Bedeutung verweisend, die der technischen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit zu Gunsten der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte zukommt,

<sup>435</sup> Resolution 217 A (III).

<sup>436</sup> Resolution 2200 A (XXI), Anlage.

<sup>437</sup> Resolution 39/46, Anlage.

<sup>438</sup> Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970-973.

<sup>439</sup> Resolution 2106 A (XX), Anlage.

<sup>440</sup> Resolution 44/25, Anlage.

<sup>441</sup> Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 1520, Nr. 26363.

<sup>442</sup> Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1999, Supplement No. 3 (E/1999/23)*, Kap. II, Abschnitt A.

<sup>434</sup> Einzelheiten siehe Anhang II.

*eingedenk* des Beschlusses der Menschenrechtskommission, die Sonderberichterstatter der Kommission über die Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo und über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen und ein Mitglied der Arbeitsgruppe zur Frage des Verschwindenlassens von Personen zu ersuchen, eine gemeinsame Mission in die Demokratische Republik Kongo durchzuführen<sup>442</sup>,

*im Hinblick* auf die erklärte Absicht der Regierung der Demokratischen Republik Kongo, die Todesstrafe schrittweise abzuschaffen, und die Regierung unter diesem Blickwinkel ermutigend, ihrer Verpflichtung zur Reform und Wiederherstellung des Justizsystems in Übereinstimmung mit dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte nachzukommen,

### 1. *begrüßt*

a) den Bericht des Sonderberichterstatters über die Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo<sup>443</sup>,

b) die beiden auf Einladung der Regierung durchgeführten Besuche des Sonderberichterstatters in der Demokratischen Republik Kongo im Februar und August/September 1999 und die diesbezüglich bewiesene Kooperationsbereitschaft der Regierung;

c) die Tätigkeit des Menschenrechtsfeldbüros in der Demokratischen Republik Kongo, wobei sie die Regierung der Demokratischen Republik Kongo gleichzeitig ermutigt, eng mit dem Feldbüro zusammenzuarbeiten und ihre Kooperation mit ihm noch weiter auszubauen;

d) die Waffenruhevereinbarung von Lusaka<sup>444</sup>, die von allen an dem Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo beteiligten Parteien am 10. Juli 1999 unterzeichnet wurde;

e) die Ernennung eines Sonderbotschafters für den Friedensprozess in der Demokratischen Republik Kongo durch den Generalsekretär;

f) die Ernennung eines Sonderbeauftragten für die Demokratische Republik Kongo durch den Generalsekretär;

g) die Ernennung des Ministers für Menschenrechte innerhalb der Regierung der Demokratischen Republik Kongo, und bekundet ihre Hoffnung, dass diese Ernennung zur Verbesserung der Menschenrechtssituation beitragen wird;

h) die Selbstverpflichtung der Regierung der Demokratischen Republik Kongo, mit den Organisationen der Vereinten Nationen und den nichtstaatlichen Organisationen dabei zusammenzuarbeiten, die Demobilisierung, Rehabilitierung und

Wiedereingliederung von Kindersoldaten sicherzustellen, und ermutigt die Regierung, ihrer Selbstverpflichtung in vollem Umfang nachzukommen;

### 2. *verleiht ihrer Besorgnis Ausdruck*

a) über die nachteiligen Auswirkungen des Konflikts auf die Menschenrechtssituation sowie über seine schwerwiegenden Folgen für die Sicherheit und das Wohl der Zivilbevölkerung im gesamten Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo;

b) über die besorgniserregende Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere in den östlichen Landesteilen, und die Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht, die im gesamten Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo, häufig strafflos, nach wie vor begangen werden, und verurteilt in dieser Hinsicht

i) die Massaker, die im Laufe der Konflikte begangen wurden, darunter die zuletzt in den Jahren 1998 und 1999 verübten Massaker in Kasika, Makobola, Kamituga, Kavumu, Kilungutwe, Kasanga, Kazima, Mbooko, Kabare, Mwenga, Libenge und Kasala;

ii) die Fälle von außergerichtlicher oder willkürlicher Hinrichtung, des Verschwindenlassens, der Folter, Verprügelung, Drangsalierung, willkürlichen Festnahme und Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, namentlich von Journalisten, Oppositionspolitikern, Verfechtern der Menschenrechte und Menschen, die mit Mechanismen der Vereinten Nationen zusammengearbeitet haben, sowie die Berichte über an Frauen und Kindern verübte sexuelle Gewalt und das Fortdauern der Rekrutierung und des Einsatzes von Kindersoldaten;

iii) die Tatsache, dass Zivilpersonen vor das Militärgericht gestellt und von diesem zum Tode verurteilt werden;

c) über die exzessive Ansammlung und Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen sowie die unerlaubte Verteilung und Verschiebung von Waffen in der Region und den unerlaubten Handel damit sowie deren nachteilige Auswirkungen auf die Menschenrechte;

3. *fordert* alle Konfliktparteien in der Demokratischen Republik Kongo *nachdrücklich auf*,

a) auf die vollinhaltliche und termingerechte Durchführung der Waffenruhevereinbarung von Lusaka hinzuwirken, die Autorität der Regierung der Demokratischen Republik Kongo in ihrem gesamten Hoheitsgebiet wiederherzustellen, und unterstreicht dabei im Kontext einer dauerhaften Friedensregelung die Notwendigkeit, alle Kongolesen in einen umfassenden politischen Dialog einzubeziehen, damit die nationale Aussöhnung herbeigeführt und demokratische, freie, transparente und faire Wahlen abgehalten werden können;

<sup>443</sup> Siehe A/54/361.

<sup>444</sup> S/1999/815, Anlage; siehe *Official Records of the Security Council, Fifty-fourth Year, Supplement for July, August and September 1999*.

b) die Menschenrechte zu schützen und das humanitäre Völkerrecht zu achten, insbesondere, soweit auf sie anwendbar, die Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze der Kriegsgesopfer<sup>438</sup>, die dazugehörigen Zusatzprotokolle von 1977<sup>445</sup> und die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes<sup>446</sup>, insbesondere im Hinblick auf die Achtung der Rechte von Frauen und Kindern, und die Sicherheit aller Zivilpersonen, namentlich der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen innerhalb des Hoheitsgebiets dieses Landes unabhängig von ihrer Herkunft sicherzustellen;

c) die Sicherheit und Bewegungsfreiheit des Personals der Vereinten Nationen und beigeordneten Personals innerhalb der Demokratischen Republik Kongo sicherzustellen und in diesem Zusammenhang den sicheren und ungehinderten Zugang des humanitären Personals zu allen betroffenen Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten;

d) allen Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu setzen und sicherzustellen, dass Personen, die diese begehen, nicht straflos bleiben;

e) voll mit der Nationalen Kommission zur Untersuchung der behaupteten Massaker einer großen Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Demokratischen Republik Kongo sowie in Bezug auf die Nachprüfung dieser Behauptungen auch mit dem Generalsekretär und der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte zusammenzuarbeiten, damit die Nationale Untersuchungskommission dem Generalsekretär einen weiteren Bericht über den Stand ihrer diesbezüglichen Ermittlungen vorlegen kann;

4. *fordert* die Regierung der Demokratischen Republik Kongo auf,

a) ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht auf dem Gebiet der Menschenrechte nachzukommen und die Menschenrechte und Grundfreiheiten in ihrem gesamten Hoheitsgebiet zu fördern und zu schützen;

b) eine führende Rolle bei den Bemühungen zu übernehmen, das Entstehen von Bedingungen zu verhüten, die weitere Ströme von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen innerhalb der Demokratischen Republik Kongo und über ihre Grenzen hinweg auslösen könnten;

c) ihrer Selbstverpflichtung zur Reform und Wiederherstellung des Justizsystems und insbesondere zu Reform der Militärjustiz in Übereinstimmung mit dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte<sup>436</sup> nachzukommen, und befürwortet eine vorübergehende Hilfe zu diesem Zweck;

d) ihrer Verpflichtung auf den Demokratisierungsprozess, insbesondere den nationalen Dialog, wie in der Waffenruhevereinbarung von Lusaka vorgesehen, uneingeschränkt nachzukommen und in diesem Zusammenhang Bedingungen zu

schaffen, die einen echten, alle mit einschließenden Friedensprozess ermöglichen, der die Bestrebungen aller Menschen des Landes in vollem Umfang widerspiegelt;

e) ihrer Verantwortung nachzukommen, sicherzustellen, dass alle, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben, vor Gericht gestellt werden;

f) die noch verbleibenden Verwaltungsschranken für die Tätigkeit der politischen Parteien aufzuheben und die Abhaltung demokratischer, freier, transparenter und fairer Wahlen vorzubereiten;

g) über die Menschenrechte aufzuklären, unter anderem durch eine stärkere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, so auch allen Menschenrechtsorganisationen, und die Beschränkungen aufzuheben, denen die Arbeit der nichtstaatlichen Organisationen noch immer unterliegt;

h) die volle Achtung der Meinungsfreiheit und des Rechts auf freie Meinungsäußerung, namentlich der Pressefreiheit in allen Arten von Massenmedien, sowie die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit zu gewährleisten;

i) mit dem Internationalen Strafgericht zur Verfolgung der Personen, die für Völkermord und andere schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Hoheitsgebiet Ruandas zwischen dem 1. Januar 1994 und dem 31. Dezember 1994 verantwortlich sind, sowie ruandischer Staatsangehöriger, die für während desselben Zeitraums im Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten begangenen Völkermord und andere derartige Verstöße verantwortlich sind, voll zusammenzuarbeiten, damit alle, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, im Einklang mit den internationalen Grundsätzen eines ordnungsgemäßen Verfahrens vor Gericht gestellt werden;

5. *beschließt*, die Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo weiter zu prüfen, und ersucht den Sonderberichterstatter, der Generalversammlung auf ihrer fünf- undfünfzigsten Tagung Bericht zu erstatten.

## RESOLUTION 54/180

Auf der 83. Plenarsitzung am 17. Dezember 1999 ohne Abstimmung verabschiedet, auf der Grundlage des Berichts des Ausschusses (A/54/605/Add.2)

### 54/180. Menschenrechte und Massenabwanderungen

*Die Generalversammlung,*

*zutiefst beunruhigt* darüber, dass es in vielen Regionen der Welt in großem Maßstab und Umfang zu Abwanderungen und Vertreibungen kommt, und zutiefst beunruhigt über das menschliche Leid der Flüchtlinge und Vertriebenen, unter denen sich ein hoher Anteil von Frauen und Kindern befindet,

*unter Hinweis* auf ihre früheren einschlägigen Resolutionen sowie auf die Resolutionen der Menschenrechtskommission,

<sup>445</sup> Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 1125, Nr. 17512 und 17513.

<sup>446</sup> Resolution 260 A (III).